

Revolte im Mausoleum

Ein weißrussisches Drama

Matthias Fechner

Manche Dramen vollziehen sich auf der politischen Bühne Osteuropas scheinbar in ganz ähnlicher Weise. Die Bevölkerung eines Landes wird von einem autoritären Regime in ihrer politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, kurzum: menschlichen Entwicklung massiv behindert (Akt I). Illegale Oppositionspolitiker, kritische Journalisten und Studenten ziehen mit bunten Fahnen zum Denkmal eines viel zitierten Nationaldichters, um dagegen zu protestieren (Akt II). Der Vorgang wiederholt sich, wobei staatliche Sicherheitsorgane die Demonstranten massiv bedrohen, teilweise sogar verhaften, dies unter den Linsen westlicher Kameras (Akt III). Die derart bedrängte Opposition definiert sich nun als Alternative zum bestehenden System, fordert nicht mehr nur Reformen, sondern sieht sich gezwungen, zum Gegenangriff überzugehen, unterstützt von Exilanten und westlichen Menschenrechtsorganisationen (Akt IV). Die Demonstrationen schwellen an, strategisch wichtige Punkte werden spontan besetzt, die Sicherheitsorgane sind überfordert, ziehen sich in kurzen Gefechten zurück, die Machthaber geben nach, der Präsident schweigt, freie Wahlen werden ausgerufen, bei denen die Opposition siegt (Akt V).

Eine ähnliche Entwicklung könnte man vermutlich auch in Weißrussland erwarten. Denn seit Alexander Lukaschenko 1994 die Präsidentschaft des Landes übernommen hatte, gelang es ihm entscheidende Funktionen der Staatsmacht unter seine direkte Kontrolle zu bringen. So setzt er inzwischen den Premierminister ein, die Verfassungsrichter auch, kann Abgeordnete persönlich ernennen, dirigiert die staatliche Gewerkschaft, hat den Oberbefehl über die Streitkräfte, den Geheimdienst BKGB, die Miliz und eine eigene Sondereinheit. Die fortgesetzten Wahlmanipulationen, die dazu dienen, seine Amtszeit immer wieder zu verlängern, überraschen vor diesem Hintergrund kaum. Die

dabei angewendeten Mittel sind auf kafkaeske Weise sowjetisch, zielen nicht allein darauf ab, den Leib eines Gegners zu versehren, sondern bedrohen vor allem den Geist, und damit die Seele. Das spurlose Verschwinden von Gegnern Lukaschenkos, gezielte und stets unaufgeklärte Morde an einer sehr kleinen Zahl kritischer Journalisten, wie Dimitri Sawadski (2000) oder Wasilii Grodnikow (2005), sollen die Bevölkerung einschüchtern, indem sie das Gefühl erzeugen, es könne jeden Unzufriedenen treffen, der sich ins Fadenkreuz der Sicherheitsorgane bewegt. Kritik am Präsidenten kann mit mehrjähriger Haftstrafe geahndet werden, auf willkürliche Verhaftungen erfolgen nicht selten Prügel und Folterungen in Milizstationen und Gefängnissen. Der Regimekritiker Valeri Lewonewski wurde im Jahre 2004 zu zwei Jahren Haft verurteilt – wegen eines abfälligen Gedichtes über den Präsidenten. Oppositionspolitiker Michail Marinitsch erlitt im selben Jahr während der Untersuchungshaft einen Herzanfall und musste drei Tage auf ärztliche Hilfe warten. Jewgeni Suworow, ein Mitglied der oppositionellen Jugendgruppe Zubr (Büffel), wurde am 28. August 2005 im Gefängnis von Mogilew verprügelt, über Nacht in eine Zelle geworfen, die Hände von hinten an die Füße gefesselt. Andere mussten sich ungeheizte Zellen mit Häftlingen teilen, die unter ansteckenden Krankheiten litten, manchmal auch Streit provozierten (zum üblichen Honorar von umgerechnet 90 Euro), um den Vollzugsorganen einen Vorwand zur Haftverlängerung zu liefern. Mögliche Anklagen und Gerichtsverfahren sind lediglich Formsache, die Öffentlichkeit wird nicht selten vom Prozess ausgeschlossen. Zeugen der Anklage liefern Aussagen auf Wunsch, damit die Form gewahrt bleibt. Marinitsch wurde nach sechsmonatiger Untersuchungshaft beispielsweise der unbewiesene Diebstahl von Computern in seiner eigenen Organisation zum Vorwurf ge-

macht. Wie ein Hammerschlag folgte das Urteil: fünf Jahre Haft. Die Oppositionspolitiker Statkewitsch, Sewerewitsch und Klimow wurden 2004 nach Protesten gegen die Amtszeitverlängerung Lukaschenkos zu Chimia verurteilt, einer Form von Zwangsarbeit mit Freigang, als Straßenkehrer oder Hilfsarbeiter in Provinzstädtchen. Im Zuge von internationalen Protesten gegen willkürliche Hausdurchsuchungen lenkte Lukaschenko allerdings auch ein. Laut einer Gesetzesänderung muss der BKGB ab Mai 2005 nun einen Durchsuchungsbefehl beantragen. Lukaschenkos diktatorisches Verhalten erklärt sich ansatzweise aus seiner Herkunft, der Prägung seiner Persönlichkeit durch die Sowjetunion. Geboren am 30. August 1954, wuchs er als Sohn einer allein erziehenden Mutter auf einer Kolchose bei Orscha, im Osten des Landes, auf. Nach einem Studium zum Geschichtslehrer im nahen Mogilew (mit Schwerpunkt auf Geschichte der KPdSU und historischem Materialismus), diente er als politischer Instrukteur bei den Grenztruppen und der Roten Armee. Danach arbeitete Lukaschenko wieder auf Kolchosen, wo er es nach einem Studium der Planwirtschaft bis zum Direktor brachte. Seine politische Parallelkarriere in Komsomol und Partei gipfelte 1990 in der Wahl zum Volksdeputierten des Obersten Sowjets der Weißrussischen Sowjetrepublik. Auslandsaufenthalte oder auch Konflikte mit dem System kommen in seiner Biografie bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor. Sein auf bescheidene Weise erfolgreicher Lebenslauf erlitt jedoch einen Bruch, nachdem Weißrussland durch den Zusammenbruch der Sowjetunion im Dezember 1991 unabhängig wurde. In starkem Gegensatz zu manch anderem Politiker seiner Generation sah Lukaschenko in der Unabhängigkeit keine Chance, sondern eine Bedrohung des Status quo. Da die Bewahrung der alten Ordnung jedoch vom neuen Russland unter Boris Jelzin gewiss nicht zu erwarten war, entschloss sich Alexander Grigorewitsch den jungen Staat als Präsident ganz alleine zu kontrollieren, um sich gegen die unerbittlichen Zeiger der historischen Uhr zu stemmen. So wurde er am 10. Juli 1994 tatsächlich zum Präsidenten gewählt, und machte sich danach ans Werk,

am Organismus der pluralistischen Gesellschaft zu operieren. Die neue weiß-rot-weiße Landesfahne des unabhängigen Weißrussland wurde eingerollt, der angestaubte Stander der Belorussischen SSR dient seitdem als offizielle Flagge. Auch das Landeswappen und andere Symbole des Staates beziehen sich wieder auf Sowjetzeiten. Im wirtschaftlichen Sektor wurden die Banken verstaatlicht, Werbung fast abgeschafft, freie Unternehmen mit willkürlichen, drückenden Auflagen belegt, sodass sich heute achtzig Prozent der Betriebe in staatlicher Hand befinden. Ausländische Investoren zogen sich zurück. Großunternehmen wie Ikea und die russische Brauerei Baltika schlossen ihre Werke vor drei Jahren.

Die Planwirtschaft Weißrusslands stützt sich inzwischen einerseits auf landwirtschaftliche und industrielle Großbetriebe aus sowjetischer Zeit (vorwiegend schwere Nutzfahrzeuge, Kunststoffe, Futter- und Düngemittel), und andererseits auf eine Subsistenzwirtschaft aus Datschengärtchen und Kleinstmärkten. Hauptabnehmer der nicht immer konkurrenzfähigen Produkte sind vor allem Russland und diverse Schwellenländer der südlichen Hemisphäre. Rohstoffe gibt es fast keine, allein durch die begrenzte Kontrolle einer Erdgaspipeline von Russland nach Westeuropa kommt das Land ohne Küste in den Genuss subventionierter Energie. Diese Schwäche Weißrusslands aber führte überraschenderweise auch zur mittelfristigen Stärke des gegenwärtigen Regimes. Eine Abhängigkeit von internationalen Abkommen und Hilfsleistungen ist – bis auf den wichtigsten Handelspartner Russland – nicht mehr vorhanden. Vor allem seit die Amerikaner ab 1997 ihre Strategie des »selective engagement« gegenüber Weißrussland verfolgen, ihre politischen Kontakte auf die Ebene der Staatssekretäre heruntergeschraubt haben und Hilfsleistungen nur noch an Oppositionsgruppen vergeben. In diesem Zustand ist die Wirtschaft noch kontrollierbarer, ein plötzlicher Zusammenbruch wenigstens vorhersehbar, damit eventuell sogar vermeidbar. Der Rückzug ausländischer Investoren wurde von einem nachlassenden Interesse an der rohstoffarmen Wirtschaft

Weißrusslands begleitet. Wirtschaftspolitisch motivierte Interventionen, wie im Irak, können daher effektiv ausgeschlossen werden.

Politisch vermochte sich Lukaschenko mit dieser ökonomischen Gratwanderung sogar ein dünnes Kapital zu verschaffen. Noch im Dezember wurden die großen Minsk-Motorradwerke verstaatlicht, auf Druck der Arbeiter, weil der private Investor nicht mehr in der Lage schien, ihre Löhne zu zahlen. Batka (Väterchen) Lukaschenko genießt dagegen den Ruf eines kargen, aber doch verlässlichen Zahlmeisters, der eine Grundsicherung gewährt (umgerechnet 100 Euro im Monat), während er neureiche Geschäftsleute verfolgt, auch weil er letztere nicht zu Unrecht als potentielle Konkurrenten betrachten muss. Wie viele der knapp zehn Millionen Weißrussen seine Politik unterstützen, ist jedoch aufgrund der Wahlmanipulationen unklar. In den Dörfern zwischen den weiten Birkenwäldern schätzt man Lukaschenko durchaus, besonders unter Rentnern und Kriegsveteranen. Denn eine gesunde Mahlzeit am Tag bildet auch dort die Grundlage des wichtigsten Menschenrechtes, der körperlichen Unversehrtheit.

Die Opposition ist uneins

Die aktiven Soldaten verfolgen seine Politik eher mit verhaltener Skepsis. Nie würden sie ihrem Oberbefehlshaber den Gehorsam verweigern; andererseits drängen viele Offiziere darauf, endlich den Marsch aus der Isolation anzutreten, da weder Material noch Ausbildung der Streitkräfte dem internationalen Standard entsprechen. Dagegen verachten die jungen Akademiker aus Minsk den Präsidenten als rüpelhaften Kolchosnik, der versucht, die Werte einer sowjetischen Kolchose in der nationalen und internationalen Politik durchzusetzen. Letztere dürften jedoch vor allem über das Schicksal Lukaschenkos entscheiden, denn nur sie können jetzt noch die Politik mitgestalten, durch öffentlichkeitswirksame Demonstrationen und Besetzungen in der Hauptstadt, mit illegalen Zeitungen, grenznahen Radiostationen

und (überwachter) Internetpräsenz – nachdem sich Lukaschenko durch brutale Behinderung seiner Kontrahenten und schlichtes Ignorieren der abgegebenen Wahlzettel die demokratische Legitimation selbst abgesprochen und seinen zahlreichen Unterstützern damit die Stimme geraubt hat.

Bislang aber verläuft die Kampagne der Opposition eher punktuell, was an verschiedenen Gründen liegt. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern Osteuropas gibt es in Weißrussland keine tief verwurzelte nationale Kultur, ebenso existiert das Weißrussische noch nicht wirklich als vitale Sprache neben dem Russischen. Eine nationale Kultur eint die Opposition also keineswegs, sieht man einmal von der polnischen Minderheit im westlichen Landesteil um Grodno und Brest ab, die ihre Identität freilich stark über das Nachbarland definiert.

Auch litt man weniger intensiv unter dem Sowjetsystem als die Menschen in der Ukraine oder im Baltikum, wo ganze Generationen durch die Hölle der stalinistischen Repressionen gegangen waren, und mit ihrem Beispiel die Aufständischen von 1991 und 2004 befeuerten. Zwar wurde ein Drittel der weißrussischen Bevölkerung im 2. Weltkrieg ermordet, nicht selten im Partisanenkampf gegen deutsche Truppen. Doch ihr Opfer wurde vom Sowjetsystem zelebriert, in einem fremdenfeindlichen Monumentalkult, den Lukaschenko heute in veränderter Form weiter argumentativ missbraucht. Diesmal zur Hetze gegen ausländische Beobachter bei den Wahlen. Lediglich einige Monate des Jahres 1918 können den Weißrussen als uneingeschränkte Identifikation mit ihrer Nation dienen. Damals wurde am 25. März noch unter deutscher Besatzung während des 1. Weltkrieges eine unabhängige Weißrussische Republik ausgerufen, die später in das östliche Polen und die litauisch-weißrussische Sowjetrepublik zerfiel. Geprägt wurde die kurze Republik nicht zuletzt durch die Persönlichkeit Iwan Lucewitschs, der 1882 in eine Landarbeiterfamilie geboren wurde und später als Dichter unter dem Namen Janka Kupala in Russland eine moderate Berühmtheit erlangte. Kupala lieferte auch wichtige Impulse zur Gründung der

Weißrussischen Akademie der Wissenschaften und zur Erstellung eines weißrussischen Wörterbuchs, was ihn im Stalinismus jedoch als Nationalisten verdächtig machte. Dies führte 1930 zur Verhaftung mit baldiger Freilassung und anschließendem Selbstmordversuch. 1942 starb er unter ungeklärten Umständen in Moskau. So erscheint selbst der Nationalheld Kupala, um dessen Denkmal sich die Opposition am 25. März 2006 versammelte, als gebrochene Persönlichkeit, die sich durch das Sowjetsystem schleppte, mit dem Terror arrangierte, und doch dabei verzweifelte, ohne letztendlich einen gangbaren Ausweg finden zu können.

Ähnliche Lebensdramen mussten die drei oppositionellen Präsidentschaftskandidaten der jüngsten Wahl freilich nicht verkraften. Tatsächlich ähneln ihre Biografien auf den ersten Blick eher dem Leben Lukaschenkos. Anatoli Gaidukewitsch (*1954), Alexander Milinkewitsch (*1954) und Anatoli Kosulin (*1955) wurden in Minsk geboren, haben ihre Karrieren bereits in der Sowjetunion begonnen und im unabhängigen Weißrussland fortgesetzt. Sie weisen ein ordentliches Familienleben vor und versuchen ihre Anhänger weniger mit einem klar konturierten Programm, dafür mehr durch ihre grobe politische Richtung zu überzeugen. Gaidukewitsch ist ein ehemaliger Generalstabs-offizier der Luftwaffe und vertritt das politische Programm der Liberaldemokratischen Partei Russlands, einer rechtsextremen Organisation, geführt von Wladimir Schirinowski, der neben der eigenen Wodkamarke auch ein judenfreies Russland bewirbt. Kosulin geriert sich dagegen als kämpferischer und doch gebildeter Sozialdemokrat. So begnügte sich der ehemalige Rektor der Universität Minsk bei den Protesten vom 25. März nicht mit einer Rede unter der wuchtigen Statue Janka Kupalas, sondern marschierte mit einigen tausend Demonstranten weiter zum Okrestino-Gefängnis, während er lautstark Freiheit für die dort inhaftierten politischen Gefangenen forderte, bis er auf seinem Weg vor dem Haus der Musikalischen Komödie von einer Hundertschaft schwarz uniformierter Milizionäre brutal gestoppt und verhaftet wurde. Seine Behandlung entspricht gleichzeitig

dem Gradmesser der Beziehungen Lukaschenkos zu Russland. Kosulin ist der Wunschkandidat Moskaus, und erhält nicht nur ideelle Unterstützung aus dem Nachbarland. Der Physiker Alexander Milinkewitsch ist dagegen der einzige Kandidat, der seinen Blick stärker nach Westen und Süden richtet. Bereits in der Sowjetunion durfte er als Dozent in Algerien (1980-82) Auslandserfahrung sammeln, auch später hat er zahlreiche Reisen in den Westen unternommen, wo er über gute Kontakte verfügt, selbst zu militärischen und diplomatischen Kreisen. Immerhin gelang es ihm, mit einer einzigen inspirierten Geste der Opposition eine Fahne von hoher Symbolkraft zu verschaffen. Ein während der Proteste zeretztes Jeanshemd wurde kurzerhand in eine Flagge verwandelt. Seitdem erkennen sich Milinkewitschs Anhänger an ihren jeansblauen Fahnen und Bändern. Einer Farbe also, die bereits in der Sowjetunion mit Rebellion und Widerstand in Verbindung gebracht wurde. Dem Oppositionsbündnis, das er vertritt, gehört mit Anatoli Lebedko jedoch wenigstens ein Politiker an, der sich ebenfalls kurzer Dienstwege nach Russland erfreut, da er von Boris Nemzows Union der Rechten Kräfte gefördert wird, einer Partei, die nach missglücktem Reformkurs in eine verdeckte Abhängigkeit zum Kreml geraten ist.

So gleicht das politische Weichbild Weißrusslands bei näherer Betrachtung ein wenig den massiven Monumentalbauten am Minsker Skaryny-Prospekt, der großen Magistrale im Herzen der Hauptstadt. Läden und Einrichtungen suggerieren eine Auswahl, die es nicht gibt, im Ambiente postsowjetischer Konformität. Selbst wenn Lukaschenko die Wahl nicht behindert hätte, wäre es keine echte gewesen, solange der individuelle geistige Impuls zu schwach ist, das Neue nicht wirklich wachsen kann. Durch die Proteste aber ist das Feld bestellt, der Samen mag keimen, die Ernte wird später eingebracht. Wer am Ende das Brot bricht, liegt in den Händen der weißrussischen Menschen.

MATTHIAS FECHNER, geb. 1966, ist promovierter Literaturhistoriker, Publizist und Waldorflehrer. Kontakt: Matthias-Fechner@gmx.de